

Nur durch gewerkschaftlichen Kampf, bis hin zum Streik, können unsere berechtigten Forderungen erfüllt werden

Erfahrungen des Kampfes gegen prekäre Arbeit und tariffreie Zonen im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

Am 5. November 2015 hat sich der gewerkschaftliche Aktionsausschuss Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin gebildet. Dieser wird von den Gewerkschaften ver.di, GEW und DOV unterstützt.

Wenn wir unsere Erfahrungen zusammenfassen, dann können wir feststellen, dass die Aussagen richtig sind:

- **Der Kampf gegen prekäre Arbeit liegt in der Verantwortung der gesamten gewerkschaftlichen Organisation.** Ohne unsere Gewerkschaft sind wir nur Störenfriede, mit unserer Gewerkschaft sind wir eine Kraft, an die die Politik nicht vorbeigehen kann.
- Appelle allgemeiner Art an die politischen Verantwortlichen, Sachargumente und mühsame Überzeugungsarbeit reichen nicht. **Wir müssen uns gewerkschaftlich organisieren**, d.h. Betriebsgruppen und Tarifkommissionen bilden, Betriebsratswahlen durchführen und den Weg des gewerkschaftlichen Kampfes, bis hin zum Streik, beschreiten. Es führt kein Weg daran vorbei, selbst wenn es dauert.
- **Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung ist konkret.** Alle politischen Verantwortlichen erklären sich gegen prekäre Beschäftigung. Aber wenn es konkret wird, müssen wir feststellen, dass Opposition und Regierung sich einig sind: Schuldenbremse und fehlende finanzielle Mittel verlangen die Entwertung ganzer Berufsgruppen und prekäre Beschäftigung. Im Namen von „marktüblichen“ Löhnen verfolgen sie die Politik der Senkung der Kosten der Arbeit und den Prozess ihrer Abwertung. Wir fordern Tarifverträge und kämpfen gegen staatlich organisierte prekäre Beschäftigung – konkret!

Waren wir erfolglos? Nein!

Auf unserer Veranstaltung am 5. November 2015 haben wir gezeigt, dass wir Forderungen entwickelt, diskutiert und verabschiedet haben, uns für diese organisiert haben, dass wir Betriebsgruppen gebildet haben, Betriebsräte, Tarifkommissionen installiert haben, unsere Gewerkschaft für den Kampf gegen prekäre Gewerkschaft gewonnen haben.

Einiges ist schon erreicht worden. Wir stehen erst am Anfang, aber wir sind auf gutem Weg!

Nehmen wir das Beispiel des Technikmuseums: Durch den Kampf der KollegInnen im Technikmuseum wurde erreicht, dass das Abgeordnetenhaus der Befristung der Arbeitsverhältnisse ein Ende gesetzt hat.

Nehmen wir das Beispiel Kinder- und Jugendambulanzen des VdK: Durch den Streik der Kolleginnen und Kollegen, wohl der erste überhaupt beim Sozialverband VdK, wurden ernsthafte Tarifverhandlungen erzwungen, Tarifverhandlungen, die vermutlich vor dem Abschluss stehen. Ein Vorbild für viele. Auch die Beschäftigten von freien Trägern haben das Recht auf Tarifvertrag und gewerkschaftliche Interessensvertretung, die sie aber mit ihren Gewerkschaften erkämpfen müssen. Jetzt haben zum Beispiel die KollegInnen bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Berlin einen Warnstreik durchgeführt, betroffen sind Kitas und Einrichtungen für Flüchtlinge.

Nehmen wir das Beispiel des Botanischen Gartens: Durch den Kampf und zwei Streiks wurde erreicht, dass es zum ersten Mal ernsthafte Tarifverhandlungen auf dem Weg zum TVöD gibt und dass das Kuratorium sich gegen Fremdvergabe und Ausgliederungen ausgesprochen hat. Die Kolleginnen und Kollegen werden nicht akzeptieren, dass die Tarifverhandlungen durch Fremdvergaben und weiteres Outsourcing bezahlt werden sollen.

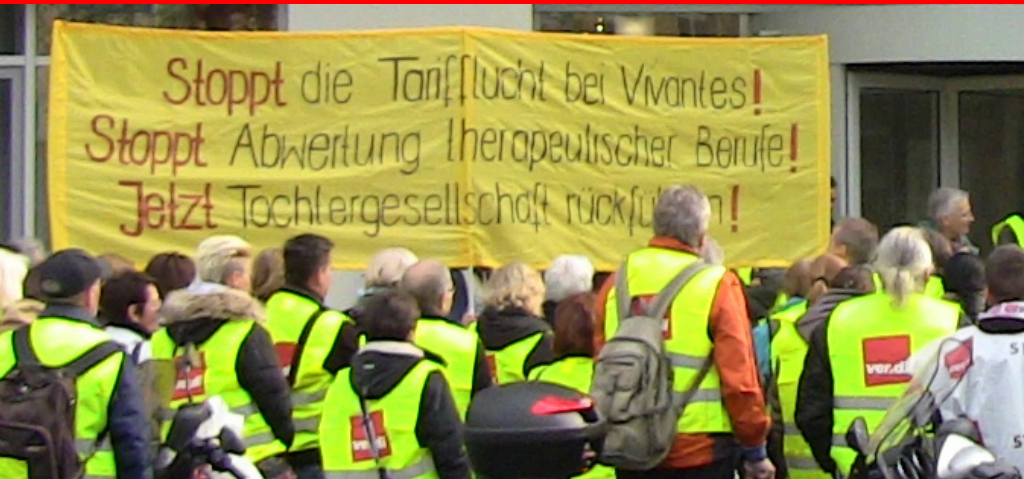
Auch bei den Krankenhäusern und ihren Töchtern sind wir mitten im Kampf:

- So bei der **Charité-Tochter CFM:** gerade haben neue Sondierungsverhandlungen für einen Tarifvertrag begonnen, aber die Arbeitgeber machen klar, dass sie nichts bieten wollen, außer die bisherigen Niedriglöhne in einem Tarifvertrag festzuschreiben. Das werden die KollegInnen nicht akzeptieren.
- Bei **Vivantes** kämpfen die ausgegliederten KollegInnen in der **Vivantes Service Gesellschaft** für einen Tarifvertrag auf der Basis des Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Für „TVöD für Alle“ haben sie die ersten Warnstreiks durchgeführt. »

Gewerkschaftlicher Aktionsausschuss

KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIE BEREICHE

im Verantwortungsbereich des Landes Berlin



Dieses Foto zeigt Kolleginnen und Kollegen der Mutter- und Tochtergesellschaften von Vivantes, die gemeinsam anlässlich einer Sitzung des Aufsichtsrates von Vivantes für ihre Forderungen demonstrieren (s. Seite 3).

Dieses Infoblatt enthält Beiträge von Kolleginnen und Kollegen, die sich im Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss gegen prekäre Arbeit engagieren, sowie – in Auszügen – Dokumente wie Flyer und Pressemeldungen ihrer Gewerkschafts-Fachbereiche und Betriebsgruppen.

- Die KollegInnen der **Therapeutischen Dienste in Vivantes**, die für „die Rückführung der ausgegliederten Therapeutischen Dienste jetzt“ streiten, haben sich nach der Provokation des Finanzsenators Kollatz-Ahnen, der die Schaffung prekärer Arbeitsverhältnisse faktisch akzeptiert, mit einem Aufruf an ihre KollegInnen gewandt. Sie haben alle KollegInnen aufgerufen, die Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes zu nutzen, um für ihre Forderungen zu streiken. Das ist genau die Antwort, die Kollatz-Ahnen gegeben werden muss.
- Die Honorarkräfte und Lehrbeauftragte der **Musikschulen, Volkshochschulen, Musik- und Fachhochschulen und Universitäten** werden in der Zeit vor den Wahlen ihre Forderungen nach festen Stellen („Dauerstellen für Daueraufgaben“) und gleichwertige Bezahlung zu vergleichbaren Lehrberufen untermauern.

Es ist nicht alles geklärt, aber eines ist sicher, diese Themen werden den Wahlkampf bestimmen.

Wir haben die Wahlprogrammdiskussionen verfolgt. Überall finden sich Bekenntnisse gegen prekäre Beschäftigung. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Aber, wir werden in den Wahlen die Kandidatinnen und Kandidaten und ihre Parteien nicht an ihren Worten sondern ihren Taten messen.

Dazu bereiten die Gewerkschaften GEW und ver.di, gemeinsam mit dem Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss Delegationen zu den Fraktionen im Abgeordnetenhaus vor. Wir wollen mit den Vertretern der Fraktionen diskutieren, welche Maßnahmen sie für die Erfüllung der Forderungen noch vor der Wahl ergreifen wollen.

Ausgehend davon werden wir unsere Aktionen noch vor der Wahl bestimmen. Wir fordern:

- **Schluss mit staatlich organisierter prekärer Beschäftigung.**
- **Grundsätzlich keine Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben zum Zwecke des Lohndumpings. Dort, wo sie stattgefunden haben, setzen wir uns für eine Rückführung ein.**
- **Tarifvertragsfreie Zonen im Öffentlichen Dienst und in Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge, auch der mittelbaren, müssen ins Tarifrecht zurückgeführt werden.**

Charité

„Qualitätsmix“ auf den Krankenhaus-Stationen = Entwertung des Berufes und der Qualifikation

Ausgliederungen und Fremdvergaben führen nicht nur Verschlechterung der Qualität der Versorgung der Bevölkerung und der Dienstleistungen öffentlicher Einrichtungen, sondern bedrohen auch ganze Berufsgruppen und Qualifikationen der Beschäftigten. Zum Beispiel bedeutet die Ausgründung der Therapeutischen Dienste bei Vivantes letztendlich die Schaffung eines Krankenhauses ohne TherapeutInnen, d.h. ohne eine qualifizierte Berufsgruppe, die unmittelbar am medizinischen Genesungsprozess der Patienten beteiligt sind.

Auch an der **Charité** sehen sich die KollegInnen mit einem Angriff auf ihre Qualifikation konfrontiert, wie es in einem ver.di Flugblatt vom März 2016 dargestellt wird:

»Seit acht Monaten verhandeln ver.di und Charité-Vorstand mit konkreten Formulierungen über einen Tarifver-

trag zu Mindestbesetzung und Gesundheitsschutz. Eigentlich sollten die Verhandlungen bereits Ende 2015 abgeschlossen sein. Der Vorstand und ver.di haben deshalb im Betrieb und in der Presse gemeinsam erklärt, dass der Abschluss auf einem guten Weg ist.

Im Januar eröffnete der Vorstand jedoch ein neues Konfliktfeld. Er will, dass unter dem Begriff „**Pflegepersonal-ausstattung**“ ein „**Qualifikationsmix**“ zu verstehen ist. Im Klartext: Servicekräfte und StationsassistentInnen sollen in die Pflegepersonalausstattung eingerechnet werden. Der Personalschwund auf den einzelnen Stationen insbesondere in der stationären Pflege könnte somit auch über Servicekräfte/StationsassistentInnen geschehen.

Unabhängig von Diskussionen um Arbeitsteilungen auf Station, kann dies für Regelungen zur Mindestbesetzung nicht sein. Der Vorstand besteht auf eine Formulierung, die nicht nur eine Festschreibung des jetzigen Qualitätsmixes bedeutet, sondern dessen Ausweitung auf einzelnen Stationen ermöglicht. Schon heute übernehmen Servicekräfte und StationsassistentInnen immer wieder Tätigkeiten, für die sie nicht ausgebildet sind, um die examinierten Kräfte zu entlasten. Dieser Druck könnte so noch weiter steigen.«

Vivantes

ZusammenStehen! Gegen Ausgliederung, für den TVöD, für mehr Personal!

Beschäftigte von Mutter- und Tochtergesellschaften kämpfen bei Vivantes in Berlin gegen Ausgliederung und Lohndumping und für mehr Personal. Dafür haben sie die Kampagne „ZusammenStehen!“ gestartet. Gegenstand der Kampagne ist ein „Dreiklang“ – drei ineinandergreifende Forderungen:

- **TVöD für alle!** Wir wollen den gleichen Tarifvertrag, den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, für alle. Die Beschäftigten der zahlreichen Vivantes-Töchter werden bisher massiv schlechter bezahlt als die Angestellten der Mutter. Z.T. bekommen sie bis zu 1.000 Euro weniger als „gestellte“ KollegInnen, die das Gleiche tun. Das ist unfair und bedroht auch die Arbeitsbedingungen der „Mutter“-Angestellten. Vivantes, zu 100% im Eigentum des Landes Berlin, darf sich nicht länger an solchem Lohndumping beteiligen.
- **Auflösung der Tochtergesellschaften.** Wir alle sind Vivantes. EIN Vivantes statt immer weiterer Zersplitterung! Diese ist schlecht für das Betriebsklima, für die Koordination der Arbeit, und damit auch für die Patient/innen.
- Und es geht um **mehr Personal**, für alle Bereiche im Krankenhaus. Ob Pflege, Labor, Steri oder Reinigung: Viele Beschäftigte können und wollen die immer stärker werdende Arbeitsverdichtung nicht länger ertragen.

Dafür sind die Beschäftigten seit Herbst letzten Jahres unterwegs. Mit einer Aktionswoche im November wurde die Kampagne in den 10 Häusern von Vivantes vorgestellt, neue Aktive gesucht und gefunden und auf die Forderungen aufmerksam gemacht. In einzelnen Tochtergesellschaften gehen die Beschäftigten voran: Bei der Service GmbH (Steri, Transport und Logistik, Technik, Patientenbegleitservice) hat ver.di den Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Die Forderung: TVöD!

Auch politisch wird Druck gemacht. So hat u.a. der SPD-Landesparteitag beschlossen, die Auflösung der 2015 neugegründeten Tochter „Therapeutische Dienste“ zu fordern. Jetzt müssen die Verantwortlichen im Senat die Forderung ihrer Partei umsetzen! Im Februar folgte eine zweite Aktionswoche. Im Wahlkampf für die Abgeordnetenhauswahl im September werden die Vivantes-Beschäftigten mit ihren Forderungen nicht zu überhören und übersehen sein.



Vivantes Service GmbH

„Alle für einen – einer für alle – TVöD“

Zweitägiger Warnstreik am 12./13. April

ver.di fordert für die nicht tarifgebundenen Beschäftigten der Vivantes Service GmbH (VSG) den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD). Die Geschäftsführung ist nur bereit, einen sogenannten „marktüblichen“ Tarifvertrag zu vereinbaren. Die Forderung zur Übernahme des TVöD wurde durch die Arbeitgeberseite abgelehnt und auch kein Angebot vorgelegt. Deshalb hatte ver.di alle Beschäftigten in der VSG zum zweitägigen Warnstreik am 12./13. April 2016 aufgerufen. In der Pressemitteilung zum Streik heißt es:

„(...) Der Warnstreik bei der Vivantes Service GmbH dauerte zwei Tage und untermauerte eindrücklich die Forderung nach Beschäftigung nach dem gleichen Tarifvertrag wie in der Muttergesellschaft Vivantes, dem TVöD (Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes). Während die Kolleg/innen bei Vivantes sich auf Warnstreiks für Tarifierhöhung und den Erhalt ihrer Altersversorgung vorbereiten, stehen die Kolleg/innen der Service GmbH teilweise ganz ohne Tarifvertrag da – und werden teilweise mit Löhnen am Mindestlohn abgespeist. Im letzten Jahr waren noch einmal sehr viele Kolleg/innen in die Service GmbH ausgegliedert worden. Obwohl für sie immer noch der TVöD gilt, zeigten sich viele von ihnen solidarisch mit den tariflosen Kolleg/innen. „Alle für einen – einer für alle – TVöD“ stand auf den Buttons, die sich fast alle streikenden Kolleg/innen anhefteten.

In drei Verhandlungsrunden hatte die Geschäftsführung bisher kein Angebot vorgelegt. Das nehmen die Kolleg/innen nicht länger hin. Beschäftigte aus den verschiedenen Standorten aus den Bereichen Zentralsterilisation, dem Patientenbegleitservice, der Technik, der Wäscheversorgung und aus Lager und Logistik versammelten sich am Dienstag an den zentralen Streikorten in Friedrichshain und Neukölln.

Bei gutem Wetter und ausgezeichneter Stimmung war für die Beschäftigten eines klar: wenn die Geschäftsführung sich nicht sehr deutlich bewegt, werden sie wiederkommen. „Wir waren sehr geduldig und haben lange darauf gewartet, dass die Geschäftsführung sich bewegt. Jetzt haben wir auch einen langen Atem im Streik“, so der Tenor der Beschäftigten.

Unterstützung kam von vielen Seiten – von anderen Beschäftigten bei Vivantes den TherapeutInnen, die selbst gegen die Ausgliederung in ihrem Bereich kämpfen, und der Pflege. Gemeinsam stehen die Beschäftigten bei Vivantes in der Kampagne „Zusammenstehen“ Seite an Seite. Auch aus anderen Berliner Landesbetrieben, wo die Beschäftigten sich gegen prekäre Beschäftigung zur Wehr setzen, und nicht zuletzt der CFM, der großen Servicegesellschaft der Charité, kamen Solidaritätsbekundungen. (...)

Quelle Beitrag zu Vivantes: <http://gesundheit-soziales.verdi.de/branchen/servicebereiche/++co++86df9276-cb2e-11e5-af45-525400a933ef>

Quelle Beitrag zu Vivantes Services GmbH: <http://gesundheit-soziales-bb.verdi.de/branchen-berufe/krankenhaeuser> (Meldung vom 14.04.2016)

Kinder- und Jugendambulanzen (KJA/SPZ)

Der Tarifabschluss ist jetzt greifbar nahe!

Ganztägiger Warnstreik für einen Tarifvertrag auf TVL-Niveau bei der Ki.D.T. gGmbH

Am 28. Januar 2016 fand nach Aufruf durch ver.di der wohl erste Warnstreik in der Geschichte des Sozialverbandes VdK statt. Am frühen Morgen versammelten sich die KollegInnen vor den fünf Einrichtungen, um dann gemeinsam zur Kundgebung vor dem Sitz des Sozialverbandes VdK in der Linienstraße zu fahren. Dort zeigte sich die Prokuristin überrascht von dem ganztägigen Streik. Von den 105 Beschäftigten der Ki.D.T. gGmbH, Tochterunternehmen des Sozialverbandes VdK Berlin-Brandenburg, beteiligten sich 60. Die zentrale Forderung der Abschluss eines Haustarifvertrages auf Gesamtniveau des Tarifvertrages der Länder (TVL Berlin West). Seit mehr als 15 Jahren gab es keine Erhöhungen des Entgelts für die Beschäftigten, die Inflation führte zu einem erheblichen Reallohnverlust. „Diesen tariflosen und prekären Zustand gilt es jetzt zu beenden“, so die Sprecherin der Tarifkommission, Claudia Seekamp.

Der Tarifabschluss ist greifbar nahe...

Der Streik zeigte seine Wirkung. Nunmehr ist es zu wirklich ernstzunehmenden Tarifgesprächen gekommen. Verhandelt wird über einen Stufenplan bis zum Erreichen des TVL-Niveaus, über den in der Tarifkommission jetzt beraten wird. Die Fortsetzung der Tarifverhandlungen wurde auf den 28. April festgelegt. Es soll eine Mitgliederbefragung zur Annahme oder Ablehnung geben, die Abstimmung soll auf einer großen Mitgliederversammlung vorgenommen werden. Diese Entwicklung wäre ohne die Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen am Warnstreik nicht möglich gewesen.

... und ist das Ergebnis einer kontinuierlichen gewerkschaftlichen Organisation der Kolleginnen und Kollegen

2014 gründete sich die ver.di-Betriebsgruppe im VdK Landesverband. Sie arbeitete auch an der Vorbereitung des Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses „Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin!“ mit. Nachdem sie ausführlich Forderungen diskutiert

und beschlossen hatten, begannen die KollegInnen im Februar 2015 mit dem Start der Tarifikampagne.

Im Juli 2015 waren mehr als die Hälfte (inzwischen mehr als 70 %) der Mitarbeiter bei ver.di eingetreten, so dass im September 2015 eine Tarifkommission gewählt wurde, die dann die Forderungen beschloss. Im Oktober wurden dem Arbeitgeber die Tarifforderungen übergeben. In diesem Zeitraum verankerten sie in Gesprächen mit der SPD-Fraktion und -Verantwortlichen, ihre zentrale Forderung nach einem Tarifvertrag und „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Die Entwicklung kontinuierlicher gewerkschaftlicher Organisation und des beharrlichen politischen Dialogs und Auseinandersetzung mit den politischen Vertretern des Abgeordnetenhauses und des Senats haben die Kolleginnen und Kollegen auch eindrucksvoll auf der Versammlung am 5. November 2015 im ver.di-Haus dargestellt und ist auch im **Infoblatt** zu dieser Versammlung (Download auf der Webseite des Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses; siehe Seite 8) und auf unserer Webseite www.verdi-kidt.de dokumentiert.

Arbeiterwohlfahrt (AWO)

„Mit dem nunmehr vorliegenden Angebot wird das Niveau des TV-L niemals erreicht werden können“

Die KollegInnen der AWO in Berlin antworten am 14. April mit Warnstreik

Bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Berlin arbeiten mehr als 1600 Beschäftigte in allen Bereichen der Sozialen Arbeit, der Kinderbetreuung und Jugendarbeit sowie der ambulanten Pflege. Die AWO-Tarifgemeinschaft in Berlin besteht aus dem AWO-Landesverband, der AWO pro:mensch GmbH sowie Kreisverbänden und teilweise deren Töchter. ver.di rief am 14. April die Beschäftigten der AWO zu einem Warnstreik auf. Seit November 2015 führen die AWO-Gliederungen und ver.di Tarifverhandlungen für die Beschäftigten. In einer ver.di-Pressemeldung vom 12.4. heißt es:

„In den bisherigen Tarifrunden gab es seitens der Arbeitgeber immer wieder Zusagen, ein Angebot zu unterbreiten, innerhalb welchen Zeitraums und mit welchen Schritten **das Vergütungsniveau des Tarifvertrages der Länder (TV-L Berlin) erreicht werden kann**. Nachdem bisher konstruktive Vorschläge unterblieben, liegt nun seit Montag ein Angebot vor, über das am 19.04.2016 endlich Verhandlungen aufgenommen werden können. Eins zeigt sich jedoch schon jetzt: **Mit dem nunmehr vorliegenden Angebot wird das Niveau des TV-L**, es handelt sich hierbei um Beträge von bis zu 700€ monatlich, **niemals erreicht werden können**.

Nachdem es 4 Monate keinerlei Bewegung beim Arbeitgeber gab, wollen die Beschäftigten nun zeigen, dass sie ihre Tarifkommission unterstützen und nicht auf die lange Bank geschoben werden wollen. Mit der von den Arbeitgebern einseitig vorgenommenen Tarifierhöhung Anfang des Jahres will man sich nicht ruhig stellen lassen. Vielmehr erwarten die Gewerkschaftsmitglieder, dass die Geschäftsführungen ihre Spielräume endlich vollständig ausnutzen und außerdem **beim Senat die Gleichstellung mit den Beschäftigten des Landes durchsetzen**. (...)“



Foto: Christian v. Polentz / transitfoto.de

Betriebsgesellschaft im Botanischen Garten

Betriebsleiter läuft Amok und Freie Universität (FU) schreitet nicht ein

Beschäftigte des Botanischen Gartens Berlin antworten mit öffentlicher Aktion

Der 3. April 2016 war nicht für alle ein Frühlingsstag, um im Botanischen Garten die Natur zu genießen und sich auf dem Staudenmarkt umzusehen. Vor den Toren standen Beschäftigte und viele Unterstützerinnen und Unterstützer und kämpften für den Schutz der Arbeitsplätze und gegen die Zumutungen durch die FU Berlin und die den Garten betreibenden Betriebsgesellschaft (BG), die eine 100% Tochter der FU ist.

Samstag Mittag 13 Uhr: Auf der Seite Königin-Luise Straße stehen Beschäftigte, die mit Besuchern über ihre Arbeitsbedingungen sprechen. Am Eingang auf der anderen Seite „Unter den Eichen“ stehen Unterstützer, die „die Ausbeutung wegfegen“ wollen. Mit Besen fegen sie kleine Kartons, auf denen die Arbeitsbedingungen beschrieben wurden, durch die Menschenmasse. Erst nach zehn Minuten werden sie vom Wachdienst „hinausbegleitet“.

Nein, es war kein schlechter Aprilscherz, ab dem 1. April hatte die Betriebsgesellschaft eine Werkvertragsfirma (Fa. Gegenbauer) mit der Unterhaltsreinigung des Gartens beauftragt und – trotz laufender Interessenaushandlung mit dem Betriebsrat – eigene Beschäftigte von der Arbeit freigestellt. Darunter sind zwei Betriebsräte, die unbefristete Arbeitsverträge haben. Bisher haben Beschäftigte im Umfang von 5,2 Vollzeitstellen die Reinigung im Garten erledigt.

Jetzt sollen 2-3 Leute im Umfang von 1,5 Vollzeitstellen die Arbeit der bisher sechs Angestellten machen, die diese gerade so geschafft haben. Das fiel auch den Besuchern auf, die mit den Streikenden diskutierten und sich über die unhygienischen Zustände der Besuchertoiletten beklagten. Die Auflösung des Bereichs Reinigungsservice wurde im Botanischen Garten während der laufenden Tarifverhandlungen vollzogen.

Auslagerung über Werkverträge ist eine der Maßnahmen, gegen die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kämpfen. Zwar hat sich das Kuratorium der FU Berlin am 21.4.2016 gegen Personalabbau durch Werkverträge ausgesprochen, nicht aber die Möglichkeit der Auslagerung selbst. Daneben steht der Kampf für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ im Mittelpunkt. Im Botanischen Garten gibt es schon lange Beschäftigte 1. und 2. Klasse. Teile der Belegschaft werden nach dem TV-L bezahlt, andere werden in der ausgegründeten Gesellschaft zu deutlich geringeren Konditionen (bis zu 42% Lohnunterschied) für die gleiche Arbeit beschäftigt.

Seit Februar 2015 verhandelt ver.di mit der Betriebsgesellschaft und der FU Berlin über einen Tarifvertrag, um diese Ungleichbehandlung zu beenden. Nach ersten Streiks im



Frühjahr gab es nach einem Jahr Verhandlung Bewegung auf der Arbeitgeberseite, die zumindest für das Jahr 2016 rund 80% TV-L Niveau angeboten haben. Strittig sind nun noch die Einmalzahlung für das Jahr 2015, die Annäherung an den TV-L in 2017 sowie die Länge der Laufzeit. Hier kann es zu weiteren Streiks kommen.

Die Beschäftigten haben in den vergangenen Wochen große Solidarität erfahren durch die Besucher und Unterstützerinnen und Unterstützer und werden sicherlich nicht das letzte Mal aktiv geworden sein.

Das Kuratorium der FU ...

...ist ein zentrales Organ des Zusammenwirkens zwischen Hochschule, Staat und Gesellschaft (und u.a. zuständig für die Feststellung des Haushaltsplans der Universität). Es trifft auch weitreichende Entscheidungen über die Zukunft der Beschäftigten des Botanischen Gartens. Auf seiner Sitzung am 21. April hat sich das Kuratorium gegen Personalabbau durch betriebsbedingte Kündigungen oder durch Fremdvergaben ausgesprochen. Es hat auch – für die Zukunft – die Achtung und Wahrung der Rechte des Betriebsrats angemahnt.

Diese Aussagen nehmen erst einmal die Angst der KollegInnen vor dem drohenden Verlust des Arbeitsplatzes weg und verschaffen auch Rückhalt in der Tarifaufeinandersetzung hin zum TV-L. Dies ist ein weiterer Erfolg nachdem sich das Kuratorium bereits im Dezember 2015 zum Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ im Hinblick auf die Situation im Botanischen Garten und damit dem TV-L bekannt hatte. Und es ist das Ergebnis der Aktionen und Streiks der KollegInnen, die von den FU-Beschäftigten und Studierenden, aus vielen Betrieben, aus Parteien und aus der Bevölkerung breite Unterstützung erfahren haben, die auch dem Kuratorium deutlich gemacht wurde.

Die Tarifaufeinandersetzungen, mit denen die KollegInnen den Anschluss an den TV-L erstreiten wollen, sind damit aber nicht beendet. Der Staatssekretär für Wissenschaft Steffen Krach sicherte zwar zu, die Mehrausgaben durch die Tarifierhöhungen in den neuen Hochschulverträgen abzubilden. Allerdings laufen die alten Hochschulverträge, in denen Erhöhungen nicht vorgesehen sind, noch bis Ende 2017.

Bis 2018 werden die KollegInnen nicht warten. Mit den Entschließungen des Kuratoriums sind Schritte gemacht worden, im Tarifkampf auf Augenhöhe verhandeln zu können. Weitere Schritte, beispielsweise in der Konkretisierung der Zusagen des Landes Berlin, müssen nun gemacht werden.

Webseite der ver.di Betriebsgruppe:

www.verdi-botanischer-garten.de

Tarifrunde TVöD 2016



„Weil es um mehr geht!“ heißt das Motto der Kampagne für den Tarifvertrag Bund und Kommunen 2016 (TVöD). Es geht um mehr als Lohn. Ver.di, GEW, GdP und IG BAU haben die Frage des immer weiter steigenden und unverhältnismäßig hohen Anteil von befristet Beschäftigten zum Gegenstand der Tarifaufeinanderersetzung gemacht. **Befristungen** sind ein Mittel der Arbeitgeber (öffentliche wie private), um Lohn-dumping durchzusetzen, und eines der Übel ungesicherter Arbeitsverhältnisse. Die Gewerkschaften fordern tarifliche Regelungen, die sachgrundlose Befristungen nur noch in ganz eng umgrenzten Fällen erlauben. Etwas Ähnliches gab es bis 2005 im Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT). Bereits in der Tarifrunde 2014 lag die Forderung „Sachgrundlose Befristungen sollen tarifvertraglich ausgeschlossen werden“ auf dem Tisch, es konnte aber kein Durchbruch erzielt werden. Diese Forderung ist aber nicht in der Versenkung verschwunden.

Weil wir es richtig finden, in die Tarifikämpfe eben diese Themen ungesicherter Arbeitsverhältnisse, Entwertung der Berufe und der Qualifikation (Tarifaufeinanderersetzung Sozial- und Erziehungsdienst 2015) und der Ausgliederungen (Tarifaufeinanderersetzung Post 2015) einzubringen, hat der Gewerkschaftliche Aktionsausschuss einen Brief an die Bundestarifkommission geschickt, der dies zum Thema hat.

Brief des Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses an die Berliner Mitglieder der Bundestarifkommission

21. Februar 2016

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am Donnerstag werdet Ihr die Forderungen für den Tarifikampf des öffentlichen Dienstes Bund und Kommunen festlegen. Sicher werdet Ihr dabei auf die allgemeine Situation der Kommunen eingehen. Die Finanznot der Kommunen, und für uns im Land Berlin gilt das auch, ist **politisch** entschieden worden.

Dierk Hirschel schreibt in der *Publik*: „In den Verwaltungen fehlt Personal. ... Die Republik fährt seit über einem Jahrzehnt auf Verschleiß... Besonders dramatisch schrumpfen die kommunalen Investitionen... Die Not der Städte und Gemeinden ist politisch gemacht! Die sogenannte Flüchtlingskrise legt dieses andauernde Politikversagen schonungslos offen...“.

Deshalb sind wir uns sicher, dass Ihr neben einer Lohnforderung natürlich die Fragen der Befristungen und des fehlenden Personals diskutieren werdet. Sie müssen im Tarifikampf eingebracht werden.

Wir (...) haben große Erwartungen an den Tarifikampf. Denn wir sehen darin eine gute Gelegenheit, unsere Forde-

T&M-Tochtergesellschaft im Technikmuseum

**Befristungen
erfolgreich
eingedämmt!**

**„Eine erhebliche Signalwirkung
für alle städtisch finanzierten
Unternehmen“**

Es sieht so aus, als ob unser gemeinsamer Kampf endlich erfolgreich ist. Das wäre ein Durchbruch für Berlin. Bisher hat der Berliner Senat in seinem Verantwortungsbereich die prekäre Beschäftigung ausgeweitet. Nun haben wir das erste Beispiel dafür, dass man die Politik des Kaputtsparens zurückdrängen kann. Das ist ein Signal für alle prekär Beschäftigten in Berlin.

Als 2003 ein Erweiterungsbau der Stiftung Deutschen Technikmuseum eröffnet wurde, stellte sich die Frage, wie man den personellen Mehrbedarf finanziert, da vom Senat keine weiteren Gelder zur Verfügung gestellt wurden. Da erinnerte man sich der eigenen kleinen Tochtergesellschaft, welche aus ganz anderen Gründen gegründet wurde und übertrug dieser ca. 10 Planungsstellen zur Betreuung von Museumsfläche, plus zwei Verwaltungsangestellte. Der weit größte Teil des Museum wurde noch immer von Stiftungsangestellten betreut. Die „Vorteile“ der Tochtergesellschaft: Es waren für die Muttergesellschaft jetzt Sachkosten statt Personalkosten. Zudem verdienten die MitarbeiterInnen deutlich weniger als Hälfte der Stammebelegschaft, jedwede Zulagen oder Sonderzahlungen gab es nicht und die ausschließlichen Befristungen und Teilzeitanstellungen schafften ein hohes Maß an Flexibilität für das Unternehmen. »

rungen zur Sprache zu bringen.

So kämpfen die Kolleginnen und Kollegen bei Vivantes, dem größten öffentlichen Krankenhausbetrieb für den TVöD für alle. Die Tarifkommission der ausgegliederten Service GmbH hat z.B. beschlossen „Wir fordern den TVöD in der Service GmbH! Schluss mit Lohndumping und Ungleichbehandlung.“ Die TherapeutInnen fordern die Auflösung der Tochtergesellschaft Vivantes Therapeutische Dienste GmbH, um für alle den TVöD zu erhalten. „TVöD für alle, wir lassen uns nicht spalten!“ mit dieser Forderung werden die KollegInnen von Vivantes gemeinsam in die Tarifrunde 2016 gehen. (...)

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Forderung nach Aufhebung prekärer Arbeit im Verantwortungsbereich des Landes Berlin wird von Kollegen und Kolleginnen gemeinsam erhoben, die durch Ausgliederungen und Tariffucht in prekäre Beschäftigung geworfen wurden und die sich für diesen Kampf in einem „Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss“ zusammengefunden haben.

Wir denken, dass Ihr bei Euren Diskussionen zum Tarifikampf diese Forderungen einbeziehen solltet.

Wir wünschen Euren Beratungen und unserem gemeinsamen Kampf viel Erfolg.

Zurzeit hat die T&M über 160 MitarbeiterInnen, betreuen deutlich über 90% Ausstellungsfläche und stellen den kompletten Wachschutz. Durch einen Haustarifvertrag und einen starken Betriebsrat haben sich im Laufe der Jahre deutliche Verbesserungen eingestellt. Aber noch immer gab und gibt es einige Baustellen.

Einen großen Erfolg gab es Anfang diesen Jahres. Bisher waren fast 50% der KollegInnen befristet, um „Flexibilität“ sicher zu stellen. Anfang letzten Jahres haben wir nun Kontakt mit Politikern aufgenommen und eine Kampagne gestartet. Tatsächlich kam es dann in diesem Frühjahr letzten Jahres zu einer Pressekonferenz mit Read Saleh (Fraktionsvorsitzender der SPD), Tim Renner (Staatssekretär für Kultur) und dem Direktor Dirk Böndel, dass es einen Sockel von 80% an unbefristeten Verträgen geben soll. Da trotz dieser Ankündigung keine Erhöhung der Quote stattfand, regte der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh an, **im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses Zuschüsse an das Technikmuseum in Höhe von drei Millionen Euro solange zu sperren, bis die Befristungen aufgehoben werden.** Die Summe entspricht den Personalkosten der GmbH. Der Ausschuss stimmte am 20. November 2015 einstimmig für die Haushaltssperre.

In Gesprächen, bei denen VertreterInnen von ver.di beteiligt waren, einigte man sich auf einen Sockel von mindestens 82,5% unbefristeter Stellen. Zudem wird zusätzlich eine Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat vereinbart, wo die Quote festgelegt wird. Dieser Punkt war uns sehr wichtig, um eine interne Kontrollmöglichkeit zu ermöglichen. Zudem wurde vereinbart, nach Abschluss der laufenden Tarifverhandlungen, ein weiteres Gespräch zu führen, welches weitere Entfristungen zum Ziel haben soll. Die 82,5% sind damit nicht das letzte Wort, sondern nur ein Zwischenschritt. Alles in allem ein gutes Ergebnis.

Raed Saleh erklärte in der *Morgenpost*, dass von diesem Beispiel **„eine erhebliche Signalwirkung für alle städtischen und städtisch finanzierten Unternehmen“** ausgeht, womit er völlig Recht hat. Vor diesem Hintergrund wird sichtbar, wie wichtig es war, die AfA-Veranstaltung gegen prekäre Beschäftigung durchzuführen und am 5. November den gewerkschaftlichen Aktionsausschuss zu gründen. Nur diesem gemeinsamen gewerkschaftlichen Handeln der KollegInnen und der gewerkschaftlich Verantwortlichen ist es zu verdanken, dass hier ein neuer Anfang gemacht wurde. Den eigentlichen Kurswechsel, die allgemeine Ächtung prekärer Beschäftigung, müssen wir noch erkämpfen.

Auch bei uns sind das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und eine Bezahlung nach Tarifvertrag noch nicht verwirklicht. Da liegt noch viel an. Doch mit diesem ersten Erfolg sind wir jetzt natürlich in einer besseren Situation, das macht vielen KollegInnen Mut und stärkt uns. Wir müssen jedoch genauestens darauf achten, dass Erfolge auf der einen Seite nicht durch Maßnahmen auf der anderen kompensiert werden. Denn der Zuschuss wurde real erhöht worden und damit erledigt sich das Argument, weitere Einsparungen seien notwendig. Nicht zuletzt gibt es für uns eine klare Erfahrung:

Wir dürfen nicht allgemein prekäre Beschäftigung beklagen, sondern müssen sie konkret bekämpfen, durch klare konkrete Forderungen und Kampagnen mit unserer Gewerkschaft. Dann können wir uns auch politisch durchsetzen.

Musikschulen, Volkshochschulen, Universitäten, Fachhochschulen, Musikhochschulen

Diskussion der Forderungen der Honorarkräfte und der Lehrbeauftragten an Senat und Abgeordnetenhaus

Im Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss sind auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus den Berliner Musikschulen und Volkshochschulen sowie aus Universitäten, Fachhochschulen und Musikhochschulen vertreten. Sie sind gewerkschaftlich organisiert in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und in der Deutschen Orchestervereinigung (DOV).

Seit längerem diskutieren sie über die Präzisierung ihrer Forderungen, die sie gemeinsam bereichs- und gewerkschaftsübergreifend verfolgen wollen. Basierend auf den Erfahrungen, die sich auf die Diskussionen der jeweiligen Gewerkschaftsorganen stützt. Auf den Punkt gebracht, wurde Anfang April 2016 – speziell für die Delegationen zu den Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus, die in Kürze stattfinden sollen – folgendes formuliert:

Für die Berliner Musikschulen und Volkshochschulen

Die prekäre Lage ist bekannt und seit Jahren unverändert. Die Lehrenden arbeiten ausschließlich (VHS) bzw. fast ausschließlich (Musikschulen) auf Honorarbasis. Die Vertretung der VolkshochschuldozentInnen fordert für die arbeitnehmerähnlichen Beschäftigten entweder feste Stellen oder Honorartätigkeit mit Tarifvertrag. In beiden Fällen muss die Vergütung der von BerufsschullehrerInnen entsprechen. Auch Honorarkräfte ohne arbeitnehmerähnlichen Status müssen die gleichen Erhöhungen erhalten. Die MusikschnullehrerInnen fordern eine stufenweise Umkehr des Verhältnisses von Freien MitarbeiterInnen zu Festangestellten und einen Tarifvertrag für die jeweils verbliebenen Freien MitarbeiterInnen.

Für die Universitäten, Fach- und Musikhochschulen

Auch die Lehrbeauftragten im Hochschulbereich werden mit Hunger-Vergütungen abgespeist. Dabei halten die Lehrbeauftragten einen Großteil des Lehrbetriebs aufrecht. Sie fordern daher Dauerstellen für Daueraufgaben. Für die im Lehrauftrag Verbleibenden fordern sie die Angleichung der Vergütung an die des festangestellten Lehrpersonals einschließlich einer Dynamisierung sowie eine Vergütung für begleitende Tätigkeiten. Dafür ist eine Zweckbindung der Mittel für Lehraufträge in den Hochschulhaushalten erforderlich.

Alle Honorarlehrkräfte müssen von den Personal- und Betriebsräten vertreten werden.





Gewerkschafts- und Betriebsrats-"Bashing"...

... ist auch bei öffentlichen Arbeitgebern keine Seltenheit mehr. Fremdvergabe und Freistellung von Mitarbeitern mitten in einer Tarifaufeinandersetzung oder die Torpedierung des Streikrechts durch Nicht-Verabredung von Notfallplänen in Krankenhäusern sind zwei Beispiele. Hier folgt ein weiteres, bei dem, wie so oft, Betriebsräte im Visier stehen:

Aus dem beschwerlichen Leben eines Betriebsrats bei einem kleineren freien Träger im „sozialen“ Bereich

Wir sind Betriebsrat in einem Unternehmen der Rehabilitation mit ca. 90 Angestellten. Das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung ist seit mehreren Jahren extrem angespannt, da jedes Informations- und Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats als Angriff auf die unternehmerische Freiheit ausgelegt wird. Als Betriebsrat bemühten wir uns das Verhältnis zu verbessern. Aber sowohl eine Mediation als auch eine externe Moderation von Gesprächen scheiterten.

Der Arbeitgeber pocht bei allen Maßnahmen, die er um- und durchsetzen will, auf die sogenannte „Tendenz“ – egal ob es so ist oder nicht! So muss der Betriebsrat um jedes Recht immer wieder neu kämpfen. Dieses zieht sich schon seit mehreren Jahren so hin und wurde auch schon mehrmals vor dem Arbeitsgericht ausgefochten.

Seit ca. einem Jahr hat die Qualität der Beschneidung der Betriebsratsrechte eine neue Stufe erreicht, als der Betriebsrat

mit dem Arbeitgeber in Verhandlungen zu einem mitbestimmten Entgeltsystem treten wollte.

Der Arbeitgeber zweifelt anscheinend prinzipiell die Notwendigkeit von Betriebsratstätigkeit an. So musste der Betriebsrat vor dem Arbeitsgericht feststellen lassen, dass es durchaus üblich ist, dass Betriebsversammlungen in der Arbeitszeit stattfinden, da der Arbeitgeber dieses vor dem Arbeitsgericht anfocht. Auch die Betriebsratssitzungen sollten nach Auffassung des Arbeitgebers am besten in der Freizeit der BR-Mitglieder stattfinden – hier brauchte der BR wieder Unterstützung durch eine Anwältin für Arbeitsrecht, um den Arbeitgeber von seinem Irrglauben zu überzeugen, dass Betriebsratstätigkeit nur zweitrangig wäre.

Das ist aber erst der Anfang gewesen. So gab es in letzter Zeit eine Abmahnung für den BR-Vorsitzenden, da er sich zwar zur BR-Tätigkeit abgemeldet hat, aber den Ort der Tätigkeit wechseln musste, ohne dieses dem Arbeitgeber mitzuteilen, weil der ursprünglich vorgesehene Raum belegt war. Drei anderen BR-Mitgliedern wurde das Entgelt gekürzt für BR-Tätigkeit, obwohl der Anwalt des Betriebsrats sich einschaltete und die Notwendigkeit begründete. Einem der drei BR-Mitglieder wurde in einem weiteren Fall das Entgelt gekürzt, weil er auf Grundlage eines Beschlusses des BR-Gremiums zusammen mit dem BR-Vorsitzenden während seiner Arbeitszeit einen den Betriebsrat betreffenden Termin beim Arbeitsgericht wahrnahm.

Trotzdem oder gerade deswegen lassen wir uns nicht vom Kurs abbringen und sind jetzt in Verhandlungen über Betriebsvereinbarungen zum Entgeltsystem, Gefährdungsbeurteilungen und mal sehen was noch...!

Gewerkschaftlicher Aktionsausschuss

KEINE PREKÄRE ARBEIT UND TARIFFREIE BEREICHE

im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

Der **gewerkschaftlichen Aktionsausschusses „Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin!“** wurde auf der gleichnamigen Versammlung am **5. November 2015** gegründet. In der dort verabschiedeten **Berliner Erklärung** heißt es zu unserem Selbstverständnis:

»Wir treten dafür ein, dass in diesem gewerkschaftlichen Aktionsausschuss Vertreterinnen und Vertreter der Betriebe und Einrichtungen, Betriebsgruppen, Mitglieder von Tarifkommissionen, Verantwortliche der Fachbereiche und der Vorstandsorgane von ver.di und GEW ihren Platz einnehmen.

Der gewerkschaftliche Aktionsausschuss soll dazu beitragen,

- dass überall, wo es Formen prekärer und tariffreier Arbeit gibt, gewerkschaftliche Strukturen entstehen können bzw. gestärkt werden,
- dass ein regelmäßiger Austausch von Informationen über die verschiedenen Aktivitäten gegen ungesicherte und tariflose Arbeitsverhältnisse stattfindet,

- dass eine gegenseitige Unterstützung solidarischer gewerkschaftlicher Aktionen organisiert wird,
- dass Kampagnen in Richtung der politischen Parteien, ihrer Mandatsträger und Parteitage delegierten, stattfinden,
- dass die Abgeordnetenhaus-Wahl genutzt wird, um unsere Forderungen zum Thema zu machen,
- dass Veranstaltungen und Delegationen (z.B. zu den Abgeordnetenhaus-Frakturen) geplant werden, um die Vertreter der Parteien mit den Positionen der Kolleginnen und Kollegen und ihrer Gewerkschaften zu konfrontieren.«

Der Gewerkschaftliche Aktionsausschuss trifft sich einmal im Monat (das nächste Mal am 11. Mai 2016, 18-20 Uhr).

Unsere Email-Adresse: akprekarb@gmail.com.

Über diese Adresse könnt Ihr Euch für den Verteiler registrieren, um aktuelle Informationen und Termine zu erhalten.

Im Internet: www.ga-prekaere-arbeit.de